

HELMUT WICKEL

Nationalbudget und Lohnpolitik in Schweden

Der Verfasser hatte kürzlich — zusammen mit einer Studiengruppe der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik — in Stockholm eine Reihe von Aussprachen mit schwedischen Nationalbudget-Experten und Gewerkschaftern über die Rolle des Nationalbudgets für die Lohnpolitik und Wirtschaftspolitik Schwedens.

Wenn der DGB auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß im November die Forderung nach der Aufstellung eines Nationalbudgets in sein neues Grundsatzprogramm aufnimmt, schaltet er sich zwar mit scheinbar klarer Stellungnahme in die zur Zeit intereuropäisch sehr aktuelle Debatte über eine Programmierung im Rahmen der EWG ein, beantwortet aber die Frage nach den Auswirkungen noch nicht. Die Klarheit der Forderung des Grundsatzprogramms ist in der Tat nur eine scheinbare. Jeder, der sich

bemüht, ein Bild von den Voraussetzungen und der praktischen Bedeutung zunächst der Aufstellung eines Nationalbudgets, sodann des Arbeitens damit für die Wirtschaftspolitik im allgemeinen und für die gewerkschaftliche Praxis im besonderen zu gewinnen, kommt bald zu der lapidaren Erkenntnis: *Nationalbudget ist nicht gleich Nationalbudget.*

Das hat man inzwischen auch in der EWG erkannt, nachdem in monatelanger Auseinandersetzung vor allem zwischen Franzosen und Deutschen die Begriffe Planung, Planifikation, Programmierung, Vorausschau, Nationalbudget usw. so ziemlich jeglichen konkreten Inhalts entleert worden sind. Alle diese Begriffe nehmen leider — besonders bei uns — immer eine leicht weltanschaulich und gefühlsbetonte Färbung an, wodurch die notwendige nüchterne Prüfung ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung und ihres speziellen gewerkschaftspolitischen Nährwerts nicht gerade erleichtert wird.

Es stellt sich jetzt, wo die zukünftige Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik sowohl wegen der immer stärker in Erscheinung tretenden strukturellen Verschiebungen als auch im Hinblick auf die Einfügung in einen festeren EWG-Rahmen erneut zur Entscheidung steht, als besonders nachteilig heraus, daß die Wirtschaftstheorie in Deutschland erst sehr allmählich den Anschluß an die seit den dreißiger Jahren in Skandinavien, in England und in den Vereinigten Staaten entwickelten Theorien und praktischen Methoden der Wirtschaftsdurchleuchtung gewinnt. Schließlich ist die Idee des Nationalbudgets skandinavischen und englischen Ursprungs, und die umfassendsten praktischen Erfahrungen sind damit bisher in Skandinavien und Holland gemacht worden. Diese Erfahrungen zu studieren, dürfte gerade für uns deutsche Gewerkschafter jetzt eine der dringlichsten Aufgaben sein. Vielleicht können wir dann wenigstens den einen Vorteil des Spätkommers wahrnehmen: aus den Fehlern der Vorläufer zu lernen.

Am Anfang standen „zornige junge Männer“

Die Erfahrungen Schwedens, wo seit über eineinhalb Jahrzehnten mit jährlichen Nationalbudgets gearbeitet wird, sind insofern von besonderem Interesse, als dort das NB ausdrücklich nicht planwirtschaftlichen Zielen dient. Zwar mögen die „zornigen jungen Männer“¹⁾ im schwedischen Institut für Konjunkturforschung und der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Gewerkschaftsbundes bald nach dem zweiten Weltkrieg — unter Hinweis auf die NB-Praxis in Norwegen, Holland und Großbritannien — auch pianistische Vorstellungen mit ihrer Forderung nach einem schwedischen NB verbunden haben. In erster Linie ging es ihnen aber darum, unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft zur Vermeidung einer inflationären Entwicklung ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage dadurch zu sichern, daß durch die bilanzähnliche Gegenüberstellung der durch Produktion und Importe zur Verfügung gestellten Güter und Dienstleistungen auf der einen Seite und der Nachfrage auf der anderen Seite das eventuelle Vorhandensein eines Inflationsgap, d. h. einer inflationär wirkenden Spanne zwischen Angebot und Nachfrage, zu erkennen wäre. Es wurde kein ausländisches Vorbild einer NB-Berechnung übernommen, wenn auch natürlich Anregungen verwertet wurden. Ausgangspunkt war vielmehr das aus der Überbeanspruchung des Produktionsapparats erwachsene Inflationsproblem, mit der sich die schwedischen Konjunkturforscher unter Professor Eric Lundberg besonders intensiv beschäftigt haben.²⁾

1) Gösta Rehn, Abteilungsleiter im schwedischen Finanzministerium, in Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken, Heft 2, 1962.

2) Ausführlich ist die Entwicklung, Methodik und Praxis des schwedischen Nationalbudgets von Dr. Norbert Konrath in dem Band „Nationalbudget und Wirtschaftspolitik“ der Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung dargestellt. Dieser Band enthält auch je eine Monographie über die Nationalbudgets der Niederlande, Norwegens und Großbritanniens.

Nationalbudget kein Planismus

Rehn weist in dem oben erwähnten Artikel auf die Mehrdeutigkeit des Wortes „Plan“ hin, das einerseits einfach „Absicht“, andererseits aber auch „zentrale Koordination“ bedeuten kann. Das schwedische NB beinhaltete zu Beginn stärkere Elemente einer zentralen Koordination, also planistische Tendenzen, wurde aber dann in steigendem Maße zu einer statistischen Übersicht über „dezentralisierte Absichten“, d. h. über die Absichten der verschiedenen staatlichen, privaten und genossenschaftlichen Wirtschaftssubjekte. Auch diese gehorchen, wie Rehn betont, einem strengen Gesetz, nämlich der „Diktatur der Verhältnisse“.

In einer Aussprache unserer Studiengruppe mit dem Staatssekretär im schwedischen Finanzministerium, *Nypstad*, wurde in aller Eindeutigkeit jeglicher Planungscharakter des NB verneint. Das NB setzt keine Ziele, sondern es versucht, aus den vorhandenen statistischen Daten, den bereits feststehenden staatlichen und privaten Ausgabe- und Einnahmeposten, den Verpflichtungen der Sozialversicherungs-Einrichtungen, den staatlichen und privaten „Absichten“, aus den voraussehbaren oder wahrscheinlichen Lohnabschlüssen, den erkennbaren nationalen und internationalen Konjunkturtendenzen usw. in Budgetform eine Prognose vorzulegen, aus der Regierung, Privatwirtschaft und Gewerkschaften *Konsequenzen ziehen können, aber nicht müssen* — und sehr oft auch nicht tun.

In ähnlichen Formulierungen wurde unserer Studiengruppe sowohl von gewerkschaftlicher wie behördlicher Seite immer wieder erklärt, daß es falsch wäre, dem Nationalbudget dirigistische Tendenzen zu unterstellen, und daß man überhaupt die Rolle des NB für die schwedische Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik *nicht überschätzen dürfe*.

Lohnstopp führte zur Lohnexplosion

Anfangs wurden größere Erwartungen in das NB gesetzt. Und gerade wegen dieser Wandlung ist die Betrachtung der Entwicklung und heutigen Funktion des NB so aufschlußreich. Von 1949 bis 1950 wurde in Befürchtung stark inflationärer Preissteigerungen eine Dirigierung der Lohnpolitik und ein Festhalten der Lohnkosten durch einen Lohnstopp versucht. Das Ergebnis war absolut negativ. Nicht nur, daß trotz weitgehender gewerkschaftlicher Abstinenz in bezug auf tarifliche Lohnerhöhungen die Löhne infolge außertariflicher Lohnzuschläge um 8 bis 9 vH stiegen, auch die Preise kletterten weiter nach oben. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeitnehmer erzwang die Aufgabe der gewerkschaftlichen „Maßhaltepolitik“. Es kam bei den Tarifverhandlungen 1951 zu tariflichen Lohnerhöhungen von 14 bis 15 vH.

Dieser Vorgang ist als „Lohnexplosion“ in die Geschichte der schwedischen Lohnpolitik eingegangen. Seitdem lassen sich die Gewerkschaften offenbar nur noch wenig von dem NB beeinflussen. „In einigen Fällen hat man seitens der Gewerkschaften besonders ostentativ von den Anweisungen Abstand genommen, die auf Berechnungen des Nationalbudgets fußen, entweder weil man überhaupt nicht an die Ziffern des vorgelegten Budgets glaubte, oder weil die psychologische Situation oder das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft eine andere Politik unbedingt erforderlich machte. Nichts weist darauf hin, daß es gerade die Konsumtion der Posten sein soll, welcher bewirkt, daß die Nachfrageseite des Budgets mit der Angebotsseite übereinstimmt ..“³⁾

3) Rehn, a.a.O.

Heute werden die bekannten oder voraussichtlichen Ergebnisse der Lohnverhandlungen und die außertariflichen Lohnsteigerungen, die sogenannte *Lohndrift*, bei der gegen Jahresende erfolgenden Aufstellung des NB für das kommende Jahr und bei der regelmäßig im April/Mai des Budgetjahres erfolgenden Revidierung des NB als gegebene Größen mit einkalkuliert. Wir werden auf die schwedische Lohnpolitik, die nur noch in einem indirekten Zusammenhang mit dem NB steht, noch zurückkommen.

Die Fehlprognosen des Nationalbudgets

Ehe wir die praktische Bedeutung des schwedischen NB zu bewerten versuchen, sei noch auf eine vieldiskutierte Schwäche der Prognosen des schwedischen NB eingegangen, nämlich ihrer Fehlerspannen. *Konrath* analysiert ihre Ursachen eingehend. Er führt folgende Hauptursachen an:

Erstens das Auftauchen von Ereignissen, die nicht vorhergesehen werden können; drastischstes Beispiel: Koreakrieg. Dies ist eine Fehlerquelle, die natürlich bei jeder Art von Prognose und Planung gegeben ist.

Die zweite Ursache sieht *Konrath* in der Qualität des verwendeten statistischen Materials. Auch diese Fehlerquelle läßt sich nicht ganz, wohl aber teilweise ausschalten. Gewisse Statistiken bleiben unsicher, unabhängig nicht nur von den Erhebungsmethoden, sondern auch vom Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Eine dritte Fehlerquelle ist die bei Schätzungen angewandte Vorsicht. Der schwedische NB-Experte *Ohlsson* spricht von zwei Arten der Vorsicht: Erstens der allgemeinen, konservativ wirkenden Vorsicht, die sich scheut, allzu große Veränderungen zu unterstellen. Daraus entspringende Fehler können bei der Revision der Berechnungen im April/Mai korrigiert werden. Außerdem spricht *Ohlsson* aber von einer „taktischen“ Vorsicht, die sich aus dem Zweck des NB als einem Orientierungsmittel ergibt. Beispiel: Wenn die NB-Experten glauben, vor einer inflationistischen Tendenz warnen zu müssen, sind sie geneigt, jene Schätzungen zu übertreiben, die die Gefahr einer Inflation deutlich machen.

Ob man diese Art von „Fehlprognosen“ überhaupt als Fehler bewerten soll, scheint allerdings fraglich, wenn man sich vor Augen hält, daß das schwedische NB eben kein „Plan“, sondern ein Indikator möglicher Entwicklungen sein soll. Die Schweden selbst nehmen diese Fehler auch nicht sehr ernst. *Rehn* sagt über die „berühmten Fehlerspannen“: „Oft wird gefragt: ‚Sind nicht die Fehlerspannen im Material für die verschiedenen Teilposten allzu groß?‘ Die Fragestellung ist unrichtig ... aber deswegen ist natürlich die Frage der Fehlerspannen weder uninteressant noch unwesentlich. Wir, die am Nationalbudget arbeiten, pflegen auch Wert darauf zu legen, daß vor der Vorstellung gewarnt wird, daß wir selbst übertriebene Erwartungen in bezug auf die Genauigkeit der Ziffern setzen.“

Die Schweden sind sich der Schwächen oder Begrenzung ihrer Methode sehr bewußt. *Rehn* spricht von einer „handwerklich betriebenen Methode im Vergleich zu der maschinell betonteren Methode, die besonders von den Holländern angewandt wird, wobei gegebenes Material in mathematische Formeln eingesetzt wird“. Er sagt dann zur schwedischen Methode:

„Zuweilen kamen schwedische Wirtschaftler in Versuchung, mit einem gewissen Neid die avancierte Kybernetik der holländischen Kollegen zu betrachten —, um sich einer des Gegenstandes würdigen Terminologie zu bedienen. Aber wir haben uns gesagt, daß auch unser ein wenig bäuerlich anmutendes Handwerk vorläufig auch das eine und das andere zu seiner Verteidigung anführen kann. Das für jede Situation wirklich Entscheidende wird gewöhnlich ja doch das für diese Situation Einzigartige, das, was nicht in Formeln zum Ausdruck kommt, die auf einer wahrscheinlichkeitstheoretischen Verwendung früher beobachteter Zusammenhänge aufbauen. Natürlich bauen wir auch darauf auf, aber unter Verwendung von so einfacher Mathematik, daß wir verhältnismäßig leicht die Adjustierungen vornehmen können, die jede spezielle Situation erfordern kann.“

Erst durch Einsicht in eine Vielzahl von Quellen und vor allem durch Interviews und Gespräche mit Schweden, die entweder als Experten oder als Vertreter von Ver-

bänden mit der Vorbereitung und Ausarbeitung des NB zu tun haben, gewinnt man eine Vorstellung von der tatsächlichen Funktion des schwedischen NB. Das erklärt auch, warum relativ wenig Literatur über dieses Thema vorhanden ist. Es handelt sich nicht um eine spezielle, nach Erlernung einfach übertragbare Methode. (Das könnte man vom holländischen NB und vielleicht auch von der französischen Planification sagen, obwohl es auch da sehr zweifelhaft wäre.) Aus der schwedischen, durch und durch pragmatischen Art, die Problematik einer kurzfristigen Vorausschau im NB und längerfristige Prognosen in Form von „Fünfjahres-Plänen“ (worauf wir noch zu sprechen kommen) zu bewältigen, kann man viel lernen, wenn man lernen will, aber man kann nichts einfach übertragen. Wenn z. B. immer wieder betont wird, daß der Hauptwert des NB erzieherischer Art sei, so kann man das nur richtig bewerten, wenn man das Funktionieren der schwedischen Form der Demokratie kennt.

Institutionalisiertes Beschlußfassungssystem

In einer vielleicht überspitzten, aber darum um so plastischeren und einprägsameren Analyse durch den Kommentator des schwedischen Rundfunks, *Ulrich Hertz*, wurde unserer Studiengruppe das starke Verbandswesen und der hohe Organisationsgrad aller Bevölkerungsschichten als die eigentliche Grundlage des schwedischen gesellschaftlichen und politischen Systems dargestellt. Wenn sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber zu über 90 vH organisiert sind und ihre Vertreter in unzähligen Kommissionen mit Behörden- und Verwaltungsvertretern zusammensitzen — und zwar in Spitzengremien genauso wie in regionalen und lokalen Gremien —, um die Beschlußfassung über Fragen vorzubereiten, über die erst später, sozusagen wirklich „letzten Endes“, von den verantwortlichen Instanzen entschieden wird, dann kann in der Tat von einer „Institutionalisierung der Beschlußfassung“ als dem entscheidenden Charakteristikum des schwedischen Systems gesprochen werden.

Daraus erklärt sich vieles, was für den Außenstehenden zuerst schwer begreiflich erscheint. In den Kommissionen, die ihrerseits wieder Ausschüsse und Unterausschüsse zur Beratung spezieller Fragen bilden, wird nach Möglichkeit Einhelligkeit der Meinung angestrebt. Die Ausschußgutachten gehen zurück an die Verbände, die sich dann wiederum dazu äußern, obwohl sie ja schon in den Ausschüssen vertreten sind. Durch dieses System der Rückäußerungen wird aber eine Festlegung eines Verbandes durch seine Ausschußvertreter vermieden, die ja als Experten und Spezialisten nicht unbedingt immer den gesamten verbandspolitischen Aspekt vor Augen haben können. Auch Regierungsvorlagen an das Parlament entstehen auf der Grundlage solcher Ausschußgutachten plus Verbandsrückäußerungen. Sie sind also bereits weitgehend mit den „Interessenten“ abgestimmt, ehe sich das Parlament damit befaßt. Und die Abgeordneten des Parlaments stehen ja auch wieder in dieser oder jener Form mit den Verbänden in Kontakt, um es vorsichtig zu formulieren.

Nur wenn in den Kommissionen und Ausschüssen und nach Beratung und Rückäußerung der Verbände keine Einhelligkeit der Meinungen erzielt wird, wird ein Streit offen ausgetragen. Das ist prinzipiell möglich und geschieht auch, jedoch relativ selten.

Das System institutionalisierter Beschlußfassung erklärt auch die langwierige und komplizierte Methode der in den letzten Jahren zur Übung gewordenen zentralen Lohnverhandlungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Im Zusammenhang mit unserer Frage nach der Rolle des Nationalbudgets ergibt sich jedoch aus dem hier nur sehr grob skizzierten Verbands- und Ausschußsystem doch die Antwort auf die Frage, ob das NB die Lohnpolitik bzw. die Höhe der Lohnforderungen der Gewerkschaften bestimmt oder beeinflußt. Eindeutig kann man sagen, daß das NB *nicht* die

Höhe der Lohnforderungen *bestimmt*. Ebenso offensichtlich ist aber auch, daß es sie *beeinflußt*, wenn auch auf indirekte und komplizierte Weise.

Sehen wir ab von der weiter oben erwähnten Periode, in der die Gewerkschaften in übertriebener Gläubigkeit sich direkt von den Berechnungen der NB-Experten zu einer Stillhaltepolitik verführen ließen, bis diese dann in einer Lohnexplosion ihr Ende fand, und sehen wir weiter ab von der bewußten Trotzhaltung gegenüber dem NB, die anscheinend als Reaktion auf die Erfahrung mit dem Lohnstopp eingenommen wurde, so scheint jetzt in Übereinstimmung mit der pragmatischen Grundhaltung der schwedischen Gewerkschaften eine durch Erfahrung geläuterte Haltung der Auswertung des NB als eines Hilfsmittels zur Herausarbeitung realistischer und begründbarer Forderungen getreten zu sein.

Die Rolle, die die Berechnungen des NB dabei spielen, ist nicht mehr groß. Ein Grund ist, daß die Gewerkschaften gegenwärtig eine Politik zweijähriger Tarifverträge betreiben, während das NB nur für ein Jahr aufgestellt wird. Das NB kann daher nur einen minimalen Aussagewert für die gewerkschaftlichen Überlegungen haben. Ein weiterer Grund liegt darin, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr durch das Argument eventuell inflationärer Folgen ihrer Lohnpolitik schrecken lassen. Für sie hat eindeutig die Vollbeschäftigung Vorrang vor der Preisstabilisierung, wenn und soweit Vollbeschäftigung und Preisstabilisierung in Konflikt geraten. Die Grenze, welche Preissteigerungen auch nach Ansicht der Gewerkschaften nicht überschreiten dürfen, ist durch die hohe Exportabhängigkeit der schwedischen Wirtschaft gegeben. Wenn der Preisauftrieb den Export gefährdet, gefährdet er auch die Vollbeschäftigung und damit das vorrangige unter den gewerkschaftlichen Zielen. Diesem Zusammenhang beugt sich die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Gerade in der Lohnstopp-Periode wurde aber erwiesen, daß die Preisentwicklung noch von vielen anderen Faktoren außer den Arbeitskosten abhängt.

Auch in Schweden klaffen Tarif- und Effektivlohn auseinander

Die schwedischen Gewerkschaften sind des Problems des Auseinanderklaffens von Tariflöhnen und Effektivlöhnen so wenig Herr geworden wie die deutschen. Aber im Rahmen ihrer langfristigen und zentralen („solidarischen“) Lohnpolitik scheinen sie einen Weg gefunden zu haben, die außertarifliche Lohnentwicklung, die sogenannte *Lohndrift*, bis zu einem gewissen Grade ihrer Tarifpolitik einzuordnen. Auch die außertarifliche Lohnpolitik unterliegt ja bestimmten Gesetzen. Bei gegebener Vollbeschäftigung und bei einer gegebenen Relation der Zahl der Akkordarbeiter zu den Zeitlöhnern und Gehaltsempfängern weiß man ungefähr, welche Gruppen in welchem Maße durch die Lohndrift begünstigt werden. Wenn dies bei der Vorbereitung der zweijährigen Lohnrunden einkalkuliert wird, kann man die Wirkungen der Lohndrift bis zu einem gewissen Grade durch die Gewichtsverteilung der tariflichen Lohnerhöhungen zugunsten der von der Lohndrift nicht profitierenden Gruppen ausbalancieren. Das ist in dem Abkommen für 1962 bis 1963 geschehen und wird wohl auch in den Ende dieses Jahres beginnenden neuen Verhandlungen wieder erreicht werden. Das führt dazu, daß trotz zentraler Lohnverhandlungen eine Differenzierung der Lohnerhöhungen angestrebt werden muß. Das ist, wie es in einer Broschüre der LO (des schwedischen Gewerkschaftsbundes) über die Lohnrunde 1962/63 heißt, „der Preis, der für die weitere Akzeptierung einer zentralen Koordinierung und einer Laufdauer von zwei Jahren für die Lohnverträge durch die Gewerkschaften gezahlt werden muß“.

Vollzieht sich die Lohnpolitik der schwedischen Gewerkschaften also unabhängig vom NB, so kann andererseits das NB nicht aufgestellt werden ohne Kenntnis der bereits sichtbaren oder abschätzbaren Lohnentwicklung, d. h. der formulierten oder zu-

mindest in Aussicht genommenen Lohnforderungen der Gewerkschaften, der Gegenposition der Arbeitgeber, und schließlich der Lohndrift. Gegenwärtig wird also das NB eher von der Politik der Gewerkschaften beeinflusst als umgekehrt. Allerdings darf man unterstellen, daß bei den Beratungen und Gesprächen in den zuständigen Gremien die Argumentation der NB-Experten den Gedankengang der Gewerkschaften beeinflusst, die aber neben den rein ökonomischen sehr viele andere, vor allem soziale, gewerkschaftspolitische und taktische Überlegungen anzustellen haben, die der Aufstellung der konkreten Lohnforderungen vorausgehen müssen.

Angesichts des geschilderten Systems der „institutionalisierten Beschlußfassung“ darf man unterstellen, daß im Stadium der Vorbereitung der Lohnrunden vielseitige vorherige Fühlungen erfolgen, vor allem auch mit der Regierung. Anders ist das bei zentralen Lohnverhandlungen gar nicht denkbar.

Die Fünfjahresprognosen

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu der sogenannten langfristigen Planung in Schweden. 1962 wurde zum vierten Male von einem im Auftrag des Finanzministeriums berufenen Sachverständigengremium eine langfristige Prognose über die Entwicklung der schwedischen Wirtschaft erstellt. Sie umfaßt die Jahre 1960 bis 1965. Ein weiteres, im Auftrag des obigen Gremiums vom „Forschungsinstitut der Industrie“ erstelltes Gutachten betrifft die Entwicklung der schwedischen Industrie für 'diese Periode'.⁴⁾ Bei diesen Prognosen handelt es sich ebensowenig wie bei dem NB um „Pläne“. Noch mehr als bei den Nationalbudgets muß mit Wahrscheinlichkeiten gerechnet, noch mehr von ungesicherten Voraussetzungen ausgegangen werden. Eine der bei der vorliegenden Prognose gemachten Voraussetzungen ist zum Beispiel schon zerplatzt: die Annahme, daß die Verhandlungen Großbritanniens mit der EWG zum Erfolg und auch zum Beitritt Schwedens führen würden. Für den anderen Fall rechnete man mit einer Erschwerung der Exportsituation. Nun ist Schweden nicht beigetreten, aber auch von einer sonderlichen Erschwerung des Exports ist bisher keine Rede.

Immerhin werden in den Gutachten Vorschläge gemacht bzw. Zielsetzungen nahegelegt. So wird die Ansicht geäußert, daß die künftige Wirtschaftspolitik auf eine Zunahme der industriellen Investitionen um 40 vH bis 1965 abzielen müsse. Wegen der Unmöglichkeit, nennenswerte Arbeitsreserven zu mobilisieren, müsse eine verbesserte Produktivität angestrebt werden, als deren Ergebnis ein Wachstum der Gesamtproduktion von 4 vH jährlich erwartet wird.

In einem bemerkenswerten Bericht über dieses schwedische Fünfjahresprogramm schreibt der Stockholmer Korrespondent des *Handelsblatt*⁵⁾, *Kurt Neumann*, zu der Arbeitsweise des Sachverständigengremiums, daß es die von der Regierung gegebenen Direktiven dahin ausgelegt habe, nicht nur ein Gesamtbild des wahrscheinlichen Wirtschaftsablaufs für fünf Jahre zu geben, sondern die Untersuchung auch zu einem Instrument laufender gegenseitiger Informationen der Unternehmen zu machen. Dieser Informationsdienst sei ein Bestandteil der Arbeitsmethoden, wodurch sich die Möglichkeit biete, die einzelnen Unternehmen über die Dispositionen der ganzen Branche zu informieren. Die Direktiven fordern ein „Abwägen der Verteilung der volkswirtschaftlichen Ressourcen“, wodurch die Relation zwischen Investition und Verbrauch langfristig prognostiziert wird. Für den Fall, daß das Sozialprodukt langsamer als berechnet wächst, wird der Vorrang der Investitionsquote gegenüber dem Verbrauchsanteil empfohlen und innerhalb des Verbrauchs dann wiederum der Vorrang des öffentlichen Anteils gegenüber dem privaten.

Kurt Neumann weist in seiner Analyse darauf hin, daß zwar alle bisherigen schwedischen Fünfjahresprognosen überraschend zutreffende Kalkulationen aufzuweisen hatten. Das beruhe

4) Die Ergebnisse beider Gutachten sind in deutscher Sprache von P. Leithoff zusammengefaßt; siehe No. 8 der Schriftenreihe der deutsch-schwedischen Handelskammer, Stockholm.
5) *Handelsblatt*, 7./8. Dezember 1962.

aber darauf, daß alle diese Pläne bisher Prognosen für eine Periode internationaler Expansion gewesen seien, die auf alle Fälle ein Maximum an Investitionen beansprucht hätten. Die Qualität der Prognosen werde sich erst bei einem Nachlassen der Expansion erweisen, wofür jetzt — zunächst auf einzelnen Gebieten — deutliche Anzeichen vorhanden seien. Nicht die Pläne seien es gewesen, die die Expansion bestimmten, sondern die Expansion hätte die Planprognosen erforderlich gemacht, weil Prioritätsentscheidungen getroffen werden mußten. Das habe die Pläne bisher sinnvoll gemacht. Die Situation ändere sich aber mit dem Auftreten von Überkapazitäten in Teilen der Wirtschaft.

Mit den Problemen, die durch eine Differenzierung der Beschäftigungslage der verschiedenen Industriezweige aufgeworfen werden, befassen sich die schwedischen Konjunkturforschungsgremien ebenso wie die Gewerkschaften bereits recht intensiv. Vorläufig will man ihnen durch stärkere Mobilität der Arbeitskräfte (Umzugs- und Überbrückungsbeihilfen, Umschulung etc.) und Schaffung neuer Industrien in industriell zurückgebliebenen Gebieten mit größeren Arbeitskraftreserven beikommen. Daß solche Maßnahmen nicht ausreichen, wenn es zu einer ernsthaften Wirtschaftskrise kommen sollte, weiß man. Was in einem solchen Falle zu tun wäre, weiß man dagegen noch nicht, sondern vertraut zunächst darauf, daß man mit den heutigen Einsichten in die Wirtschaftszusammenhänge der Gefahren Herr wird, bevor sie eine allgemeine Krise herbeiführen. Eben deswegen vertieft und intensiviert man ständig die Arbeiten an den Wirtschaftschagnosen und kurz- und langfristigen Prognosen.